

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riesa,
Gernsuf Nr. 90.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1580
Kontoführer Riesa Nr. 82.

Nr. 237.

Montag, 11. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Preisänderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundstiftgröße (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reststiftgröße 100 Gold-Pfennige; Zahlungsort und -art: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge sind nicht beizubehalten. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung.

Programmatische Kanzlerrede in Essen.

Essen, 10. Oktober. Im höchstbesetzten großen Saale des städtischen Saalbauwerks wurde die von der Reichsregierung für die Heimkehrer veranstaltete staatspolitische Vortragsreihe heute abend durch eine Ansprache des Leiters der Landesleitung Industriegebiet Schulz, eröffnet.

Oberbürgermeister Dr. Bracht begrüßte den Reichskanzler Dr. Marx und sprach ihm seinen warmen Dank für alles, was er im Dienste Deutschlands getan habe, aus. Darauf sprach Ministerialrat Dr. Straß, der Leiter der Zentralleitung der Reichsregierung für Heimkehrer, über die Tätigkeit und die Ziele der Reichsregierung für Heimkehrer, insbesondere in Verbindung mit dem Industriegebiet. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Reihe der staatspolitischen Vorträge, die heute beginnt, einen guten Erfolg haben möge.

Darauf betrat

Reichskanzler Dr. Marx

die Rednertribüne und hielt eine Rede, in der es u. a. heißt: Ausgehend von der Politisierung der Massen, in der der Reichskanzler eines der wichtigsten Kennzeichen der modernen Zeit überhaupt sieht, führte er zunächst aus, daß in der härteren Anteilnahme der Massen der neue Volkshaar dem früheren Obrigkeitshaar unbedingt voraus sei. Aber diese Politisierung birgt, so führt er fort, auch gewisse Gefahren in sich. Kein anderes Volk huldigt so dem politischen Idealismus, wie das deutsche. Dadurch ist ohne Zweifel unser deutsches Volk und unser deutscher Staat stärker als andere moderne Staaten mit innerpolitischen Spannungen und Zersplitterungen bedacht. Nirgendwo ist die Frage des Wandens der Volksgemeinschaft notwendiger als bei uns.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen Dr. Silberbergs auf der Dresdener Industriekongress führte der Reichskanzler weiter aus: Wenn Dr. Silberberg auch keine allgemeine Zustimmung fand, so hat sich doch gezeigt, daß in immer weiteren Kreisen der Arbeiter diese Gedanken Anklang finden. Der von der Notwendigkeit eines einträchtigen Handlungsbündnisses zwischen Arbeitgeber, u. Arbeitnehmer überaus wichtig ist, wird von beiden erwartet, daß sie ohne Einschränkung der Staat, wie er heute ist, anerkennen und an seiner Entwicklung mitarbeiten. Der Regierung ist die Mitarbeit jeder Partei willkommen, die die mühsam angebaute staatliche Ordnung anerkennt und sich schließend vor sie stellt. Ich habe tief bedauert, daß kürzlich wiederum das Wort gefallen ist: Es könne in Deutschland nur ohne, nur gegen die Sozialdemokratie regiert werden. Eine Politik, die unterscheidet zwischen Parteien, die regierungsfähig und solchen, die von vornherein als regierungsunfähig bezeichnet werden, obgleich sie zur Mitarbeit bereit sind, (?), halte ich für ein Unheil. Wir brauchen alle Kräfte die gewillt sind zur positiven Mitarbeit. Nur so werden wir die schwierigen Aufgaben lösen, vor die wir im kommenden Winter gestellt werden. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, große Parteien von vornherein mit dem Stigma der Regierungsunfähigkeit zu brandmarken.

Ubergang zur finanziellen Lage

stellte der Kanzler zunächst fest, daß in den Monaten Juli und August eine gute Besserung auf der Einnahmeseite zu verzeichnen ist. Zweifellos ist daraus auf eine größere Stabilität unserer Wirtschaft zu schließen. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu verkennen, daß auch die Ausgaben stark gestiegen sind. Der demnach dem Reichshaar ausgehende Nachtragsetat betrifft insbesondere die Aufgaben für Erwerbslosenfürsorge, für das Arbeitsbeschaffungsprogramm, den Wohnungsbau, das Siedlungsweien und für die Fürsorge in besonders beengten Verhältnissen.

Trotz verbesserter Einnahmestellen kann das Reich trotz sein, wenn es in diesem Jahre hart am Defizit vorbeikommt.

Vor allem darf man nicht verkennen, daß man in das Rechnungsjahr 1927 ohne Reserven aus Ueberflüssen der Vorjahre hineingeht. Wenn die Reichsregierung an dem Streben nach weiteren Steuererleichterungen festhält, so darf nicht verkant werden, daß dies nur möglich sein kann, bei einer

betriebligen Lösung des Finanzungleichs.

Das mit der endgültigen Gestaltung des Finanzungleichs auch die Aufgabenverteilung zwischen Reich und Ländern zusammenhängt und daß es sich hier um das finanzpolitische Zentralproblem für das Reich und die Länder überhaupt handelt, möchte ich mit allem Nachdruck betonen. Daraus ergibt sich die Forderung, daß der gesetzgeberischen Neuregelung des Problems eingehende Ermäßigungen voranzutreiben müssen. Der Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Problems ist noch nicht gekommen. In dem Gesetz über die Änderung des Finanzungleichs von 1925 ist zwar in Aussicht genommen, daß der Finanzungleich schon am 1. April 1927 durch Einführung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Die dazu nötigen umfangreichen Erhebungen liegen zurzeit noch nicht abgeschlossen vor. Es bleibt jedenfalls dem Reichstag nicht genügend Zeit, ein so verantwortungsvolles Gesetz rechtzeitig zum Abschluß zu bringen. Außerdem ist es kein Finanzungleich nicht mit dem Reichsgesetz allein getan, sondern es bedarf noch der Ausführungsgesetze der Länder. Alles das kann bis zum 1. April 1927 bestimmt nicht geschafft werden. Die nächste Lage un-

serer Landwirtschaft insbesondere hat es mit sich gebracht, daß viele Steuerpflichtige ausgefallen sind und daß infolgedessen große Mengen von Gemeinden über eine blutdürstende Steuerlast nicht verfügen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß im nächsten Jahre das Gesetz zur endgültigen Regelung des Finanzungleichs dem Reichstag so bald zugänglich gemacht werden kann, daß für seine sorgfältige Durchsicht die erforderliche Zeit bleibt.

Der Reichskanzler behandelte dann das Problem der Arbeitslosigkeit und

Einzelheiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms, indem er bemerkte: Die vorhandenen Mittel reichen leider nicht zur restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus. Die zur Verfügung stehenden Mittel müssen so eingesetzt werden, daß eine Beschäftigung möglichst vieler Teile der Wirtschaft erreicht wird, um den Schlüsselgewerben Arbeit zu verschaffen und mittelbar auch andere Teile der Wirtschaft anzukurbeln. Daneben muß vor allem die Förderung des Exportes angestrebt werden. Im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm erinnerte der Reichskanzler an die Milionenaufrufe von Reichsbahn und Reichspost, ferner an den Bau von zahlreichen Wasserkräben und stellte dann fest, daß die bisherigen Ergebnisse bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit keineswegs unglücklich sind. Seit Anfang Juli hat die Zahl der Erwerbslosen eine Verminderung um eine Viertel Million erfahren. Es darf erwartet werden, daß ein an sich ungünstiger Einfluß der Jahreszeit auf den Arbeitsmarkt überwunden werde.

Am Schluß seiner Rede erwähnte der Reichskanzler die letzten internationalen Ereignisse, wobei er zunächst zum

Wichtiges des Stahlabkommens

dessen wirtschaftliche und politische Bedeutung man nicht unterschätzen solle, ausführte: Sollte unsere Stahlindustrie sich nicht völlig von ausländischen Markt verdrängen lassen und dabei Betriebsbeschränkungen mit Arbeiterentlassungen vorzunehmen gezwungen werden, so müßte sie zu tatsächlichen Verlusten im Ausland ihre Ware absetzen versuchen. Der Abschluß des Stahlabkommens wird durch die Vermeidung des Scheiterversuches auf den Auslandsmärkten die Rentabilität der deutschen eisenverarbeitenden Industrie erhöhen und ihren Arbeitern Beschäftigungsmöglichkeiten sichern und den Wert der deutschen Ausfuhr in diesen Erzeugnissen steigern, was für die günstige Gestaltung unserer Handelsbilanz, von größter Bedeutung ist. Auch die eisenverarbeitende Industrie mit ihrer Arbeiterkraft wird Nutzen aus dem Abkommen ziehen dadurch, daß bei der zu erstrebenden Angleichung der Auslandspreise an die Inlandspreise die fremden Industrien nicht mehr billiger mit Rohstoffen beliefert werden als z. B. die deutsche Maschinenindustrie. Die Zustimmung der eisenverarbeitenden Industrie zeigt deutlich, daß man in diesen Kreisen eine Besserung der Wettbewerbsfähigkeit erhofft. Die Regierung wird nötigenfalls unter voller Einsetzung ihrer Autorität sicherstellen, daß die Hoffnung, daß die Verständigung dazu dienen wird, allen Zweigen der Wirtschaft gleichmäßig einen kräftigen Antrieb zu gesunder Fortentwicklung zu geben, auch tatsächlich in Erfüllung geht.

Das Stahlabkommen hat aber eine über das rein Oekonomische hinausgehende Bedeutung. Es scheint mir nicht möglich, daß man innerhalb mächtiger führender Industrien wirtschaftliche Friedenaparte abschließen und sich daneben politisch wie bisher belassen kann.

Das eine schließt das andere aus, denn wir wissen alle, wie tief die Kriegsverursachen in wirtschaftlichen Gegensätzen begründet waren. So steht zu erwarten, daß auch auf politischem Gebiete eine weitere Entspannung eintreten werde, zunächst innerhalb des Kreises der beteiligten vier Länder, dann aber auch darüber hinaus, denn der Stahlpakt richtet sich gegen kein Land. Jedes andere Land kann ihm beitreten.

Im Anschluß an Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist viel kritisiert über die „sogenannte“ Erfüllungspolitik gesprochen worden, bei einem Vergleich zwischen dem Jahre 1921, das die Einleitung der viel umstrittenen Erfüllungspolitik brachte, und heute kann man nicht verkennen, daß uns diese Politik der Verständigung ein gutes Stück weiter gebracht hat. Die Ära der Diktate, der Ultimaten, der Drohungen haben wir ein für allemal überwunden. Beide Gebiete deutschen Landes, die jahrelang unter dem schweren Druck der Besatzung zu leiden hatten, sind frei, und Deutschland ist vor einigen Wochen Mitglied des Völkerbundes geworden, der keinen Unterschied kennt zwischen Siegern und Besiegten. Wir werden im Völkerbund ehrlich und loyal mitarbeiten im Geiste der hohen Ideale, die dem Bunde gesetzt sind, und hoffen, auf diese Weise auch unsere Interessen am besten zu wahren, die Interessen Deutschlands und der deutschen Völker, die von uns mit gutem Recht Schutz und Hilfe erwarten dürfen.

Besprechungen wie die von Thoiry

sind eigentlich etwas Selbstverständliches zwischen Nationen, die einem Bunde angehören, dem die friedliche Beilegung etwa auftauchender Streitfragen als höchstes Ziel gesetzt ist. Noch manche Schwierigkeiten werden zu überwinden sein, ehe wir zu einer befriedigenden Lösung der zwischen Frankreich und Deutschland schwebenden Fragen kommen werden. Auch ich habe das feste Vertrauen, daß diese Lösung gefunden werden wird, weil ich haben und überleben den ernstlichen Willen habe, sie zu finden, einen Willen, der nicht er-

schüttert werden darf durch bedauerliche Ereignisse, wie wir sie in den letzten Tagen im besetzten Gebiete erleben. Wie immer auch die Schuldfrage bei den schmerzlichen Zwischenfällen aufgeklärt werden mag, das eine ist gewiß, die Beilegung in Thoiry kann und darf durch solche Vorformnisse nicht beeinträchtigt werden. Unvermeidlich ist es, daß sie auf die Stimmung der Bevölkerung der besetzten Gebiete einwirken. Ich aber habe als der für die Richtlinien der deutschen Politik verantwortliche Staatsmann dafür zu sorgen, daß wir trotz dieser schmerzlichen Zwischenfälle den Weg weitergehen, der zur Lösung der wichtigsten Fragen führt, die zwischen Deutschland und Frankreich zu erledigen sind.

An die Bevölkerung des besetzten Gebietes richte ich deshalb die Mahnung, würdige Zurückhaltung zu üben, solange deutsches Gebiet noch von fremden Truppen besetzt ist, wenn gleich die Gefahr besteht, daß es zu Konflikten zwischen Besatzung und Bevölkerung kommt. Solche Konflikte zu vermeiden, liegt im beiderseitigen Interesse.

Wage, so schön der Reichskanzler seine mit langem, anhaltendem Beifall aufgenommene Rede, bald der Tag kommen, auf den meine und des ganzen Kabinetts heilige Pflicht gerichtet ist: der Tag der Befreiung deutschen Bodens von fremder Besatzung!

Generaloberst von Deeringen gestorben.

X Berlin, 9. Okt. Heute nachmittags ist der vor-malige preussische Kriegsminister, Generaloberst von Deeringen, im 77. Lebensjahre gestorben.

Generaloberst v. Deeringen wurde am 9. März 1850 in Rassel geboren. Er erhielt seine militärische Erziehung im preussischen Kadettenkorps und wurde 1868 zum Leutnant im Füsilierregiment Nr. 80 befördert. Als Kriegsmajor (1909 bis 1913) brachte er die kleine und die große Debr-vorlage durch. Am 27. Januar 1914 wurde er zum General-oberst ernannt und erhielt bei Beginn des Weltkrieges die Führung der linken (7.) Armee, mit der er in der ersten Feld-schlacht des Weltkrieges die in das Oberelsaß eingedrungenen Franzosen bei Mülhausen auf Belfort zurückwarf. Am 26. August 1916 wurde Generaloberst von Deeringen zum Oberbefehlshaber der Rheinvertheidigung ernannt und nach Auflösung dieses Kommandos im September 1918 unter Ernennung zum Chef des Königlich preussischen Grenadier-Regiments Graf Szeisenau Nr. 9 von der Stellung als Oberbefehlshaber entbunden. Am 18. September 1918 wurde v. Deeringen in Genehmigung seines Abschiedsgesuches zur Disposition gestellt. Generaloberst v. Deeringen hat acht Jahre lang als erster Präsident des Deutschen Reichskriegerbundes „Kampfkämpfer“, der Deutschen Krieger-Wohlfahrts-gemeinschaft und des Preussischen Landeskriegerverbandes gewirkt.

Reichsminister Dr. Bell über die Kolonialfrage.

X Berlin. Ueber die Kolonialfrage schreibt der Vor-sitzende der interfraktionellen Kolonialvereinigung des Reichstages, der Reichsminister für die besetzten Gebiete und die Justiz, Dr. Bell, im neuesten Heft der „Kolonialen Rundschau“ das folgende:

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund müsse auch für die berechtigten Kolonialwünsche und Forderungen beson-dere Bedeutung gewinnen. Auch bei den ehemaligen Ge-nern sei die Ueberzeugung durchgedrungen, daß es nicht nur eine schwere Ungerechtigkeit, sondern auch ein ver-hängnisvoller Fehler gewesen sei, Deutschland seinen ge-samten Kolonialbesitz wegzunehmen. Diese Erkenntnis habe auch zu einer Nachprüfung des Verfallter Vorwurfs deut-scher Kolonialunfähigkeit geführt; auch die jüngsten Er-klärungen der südwest-afrikanischen Mandatsverwaltung hierzu verdienen für die historische Wertung besondere Be-achtung. So überragend aber der nationale Ehrenhand-punkt auch sei und bleibe, so könne sich Deutschland mit dem theoretischen Erfolge der Anerkennung seiner Mandatsfähig-keit nicht begnügen. Deutschland müsse vielmehr als Kul-turstaat mit tausendjähriger Vergangenheit, wegen unab-weisbarer Bevölkerungsprobleme, wegen seines reichen Bedarfs an kolonialen Rohstoffen und wegen seiner schwe-ren Reparationsverpflichtungen seinen berechtigten und un-verzichtbaren Anspruch auf Mitwirkung bei der Zivilisation unentwickelter Völker und an der Kolonialisationsarbeit auch in Zukunft aufrechterhalten. Reichsminister Dr. Bell gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Tag nicht fern sein werde, an dem sich auch Deutschland berechnete Kolonialforderun-gen verwirklichen werden. Bis dahin müsse Deutschland Gelegenheiten gegeben werden, seine mehr als 50jährigen Kolonialerfahrungen in der Mandatskommission des Völ-kerbundes zu verwerten, wie es auch selbstverständliche Vor-aussetzung seiner Mitarbeiterschaft beim Völkerbunde sei, daß die Mandatsgebiete deutschen Staatsangehörigen wieder voll geöffnet werden.